

Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Leutersdorf

(Sondernutzungs- und Gebührensatzung - SGS) vom 23. April 2007

Rechtsbereinigt mit Stand vom 16. November 2009

Der Gemeinderat der Gemeinde Leutersdorf hat in seiner Sitzung am 16. November 2009 auf Grund von 1. § 4 Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), 2. den §§ 18 und 21 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Straßengesetz – SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 34 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 165), 3. der Entscheidung des Regierungspräsidium Dresden zum Vollzug des Sächsischen Straßengesetzes vom 30. Oktober 2009, die nachfolgende Satzung beschlossen

§ 1

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für Gemeindestraßen einschließlich öffentlicher Wege und Plätze sowie für Ortsdurchfahrten von Staats- und Kreisstraßen im Gebiet der Gemeinde Leutersdorf.
- (2) Zu den öffentlichen Straßen gehören der Straßenkörper, der Luftraum über dem Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen, entsprechend § 2 Abs. 2 SächsStrG.

§ 2

Sondernutzung, Erlaubnispflicht

- (1) Die Benutzung der im § 1 bezeichneten Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf, soweit in dieser Satzung nicht anders bestimmt ist, der Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Die Sondernutzung ist erst nach schriftlicher Erteilung und nur im festgelegten Umfang der Erlaubnis zulässig. Darüber hinaus darf die Sondernutzung erst nach Vorliegen anderer erforderlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und/oder Bestimmungen ausgeübt werden.
- (3) Der Erlaubnis bedarf auch die Erweiterung oder Änderung der Sondernutzung.
- (4) Die Einräumung von Rechten zur Benutzung der Straßen richtet sich nach bürgerlichem Recht, wenn die Benutzer den Gemeingebrauch nicht beeinträchtigen, wobei eine vorübergehende Beeinträchtigung für Zwecke der öffentlichen Versorgung außer Betracht bleibt (§ 23 Abs. 1 SächsStrG). Diese Benutzung unterliegt nicht dem Geltungsbereich dieser Satzung. In diesen Fällen ist ein Gestattungsvertrag erforderlich.

§ 3

Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

- (1) Erlaubnispflichtige Sondernutzungen sind insbesondere
 1. das Aufstellen von Stühlen und Tischen auf dem Gehweg vor Gaststätten sowie dekoratives oder abgrenzendes Zubehör von Imbissständen, Zelten und ähnlichen Anlagen zum Zwecke des Verkaufs von Waren und Speisen;
 2. in den Straßenraum mehr als nur geringfügig hineinragende Teile baulicher Anlagen, wie insbesondere Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer und Verblendmauern;
 3. das Aufstellen von Baubuden, Bauzäunen, Gerüsten, Schuttrutschen, das Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen oder sonstigen Gegenständen;
 4. die vorübergehende Herstellung von Gehwegüberfahrten oder anderen Grundstückszufahrten bei Baumaßnahmen (Baustellenzufahrten);
 5. das Abstellen von Fahrzeugen und Anhängern zum Zweck der Vermietung oder des Verkaufs;
 6. das Aufstellen von Fahrradständern und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen;
 7. das Aufstellen von Warenauslagen und Warenständen;
 8. das Aufstellen von Gefäßen und Containern zur Aufnahme von Hausmüll oder Wertstoffen;
 9. die gegenständliche Inanspruchnahme des Luftraumes bis zu einer Höhe von 5 m oberhalb der Fahrbahn und einer Höhe bis zu 4 m oberhalb der übrigen Verkehrsfläche;
 10. das Halten und Parken von Fahrzeugen zum Zwecke des Verkaufs von im Fahrzeug mitgeführten Waren (rollende Läden) sowie ambulanter Handel;
 11. die Werbung für politische Parteien, Organisationen, Wählervereinigungen oder die Werbung für Märkte, Messen oder andere Verkaufsveranstaltungen oder für kulturelle Veranstaltungen soweit die Werbung mit Plakaten, Ständen oder ähnlichen sperrigen Anlagen durchgeführt wird.
 12. das Abstellen von nicht zum Verkehr zugelassenen beziehungsweise nicht betriebsbereiten Kraftfahrzeugen
- (2) Die Anlage neuer und die Änderung bestehender Zufahrten und Zugänge zu Staats- und Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt sowie zu Gemeindeverbindungsstraßen außerhalb der geschlossenen Ortslage gelten gemäß § 22 Abs. 1 SächsStrG als Sondernutzung.

§ 4

Erlaubnisantrag

(1) Die Sondernutzungserlaubnis wird nur auf Antrag erteilt. Dieser ist schriftlich oder elektronisch rechtzeitig vor der beabsichtigten Ausübung der Sondernutzung mit Angabe von Ort, Art, Umfang, und Dauer der Sondernutzung bei der Gemeindeverwaltung Leutersdorf zu stellen. Bezieht sich die beantragte Sondernutzung auf mehrere Einzelstandorte, z. B. bei der Werbung Mittels Plakatträgern an Masten, so ist im Erlaubnisantrag jeder einzelne Standort anzugeben beziehungsweise zweifelsfrei zu beschreiben.

(2) Die Gemeinde kann Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.

(3) Ist mit der Sondernutzung eine Behinderung des Verkehrs oder eine Beschädigung der Straße oder die Gefahr einer solchen Beschädigung verbunden, so muss der Antrag Angaben darüber enthalten, in welcher Weise den Erfordernissen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie des Schutzes der Straßen Rechnung getragen wird.

§ 5

Erlaubniserteilung

(1) Die Erteilung einer Erlaubnis steht im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde Leutersdorf. Sie wird auf Zeit oder Widerruf erteilt. Die Erlaubnis kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

(2) Die Erlaubnis- und Genehmigungspflicht nach anderen Vorschriften wird durch die Sondernutzungserlaubnis nicht berührt.

(3) Die erteilte Sondernutzungserlaubnis gilt nur für den Erlaubnisnehmer. Erlaubnisnehmer ist derjenige, welchem die Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde. Weder eine Überlassung an Dritte, noch die Wahrnehmung durch Dritte, die nicht Erlaubnisnehmer sind, ist gestattet.

§ 6

Erlaubnisversagung

(1) Die Erlaubnis ist in der Regel zu versagen, wenn durch die Sondernutzung oder die Häufung von Sondernutzungen eine Beeinträchtigung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist, die auch durch Erteilung von Bedingungen und Auflagen nicht ausgeschlossen werden kann.

(2) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn den Interessen des Gemeingebrauchs, insbesondere der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs oder des Schutzes des öffentlichen Verkehrsgrundes, oder anderer rechtlich geschützter Interessen, der Vorrang gegenüber der Sondernutzung gebührt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn

1. der mit der Sondernutzung verfolgte Zweck ebenso durch die Inanspruchnahme privater Grundstücke erreicht werden kann;

2. die Sondernutzung an anderer Stelle bei geringerer Beeinträchtigung des Gemeingebrauches erfolgen kann;

3. die Straße oder ihre Ausstattung durch die Art der Sondernutzung und / oder deren Folgen beschädigt

werden kann und der Erlaubnisnehmer nicht hinreichend Gewähr bietet, dass die Beschädigung auf seine Kosten unverzüglich wieder behoben wird;

4. zu befürchten ist, dass durch die Sondernutzung andere Personen gefährdet oder in unzumutbarer Weise belästigt werden können.

(3) Die Sondernutzungserlaubnis kann auch versagt werden, wenn derjenige, welcher eine Erlaubnis nach § 4 beantragt hat, Gebührenschuldner für zurückliegende und beendete Sondernutzungen ist oder den Nachweis über die erfolgte Einzahlung eines Verwaltungskostenvorschusses nicht innerhalb eines Monats nach Antragstellung vorweist.

(4) Auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht kein Rechtsanspruch.

§ 7

Pflichten des Erlaubnisnehmers

(1) Der Erlaubnisnehmer hat Anlagen so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung, den anerkannten Regeln der Technik sowie der Verkehrssicherheit genügen. Arbeiten an der Straße bedürfen der Zustimmung der zuständigen Straßenbaubehörde.

Bei der Ausübung der Sondernutzung, insbesondere bei der Anbringung von Plakatträgern an Masten, sind die Bestimmungen der Anlage 2 zu beachten.

(2) Der Erlaubnisnehmer hat einen ungehinderten Zugang zu allen in den Straßenkörper eingebauten Einrichtungen zu gewährleisten. Straßenentwässerungseinrichtungen oder Wasserableitungseinrichtungen, Kanalschächte, Hydranten, Kabel-, Heizungs- und sonstige Schächte sind freizuhalten.

Soweit Arbeiten an der Straße erforderlich sind, sind diese so vorzunehmen, dass nachhaltige Schäden am Straßenkörper und den Anlagen, insbesondere an den Wasserableitungseinrichtungen und den Versorgungs- und Kanalleitungen sowie eine Änderung ihrer Lage ausgeschlossen werden. Die Gemeinde und wenn die Gemeinde nicht selbst Straßenbaulastträger ist, auch der Straßenbaulastträger, sind spätestens 14 Tage vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benachrichtigen.

(3) Erlischt die Erlaubnis, so haben die bisherigen Erlaubnisnehmer die Sondernutzung einzustellen, alle von ihnen erstellten Einrichtungen und die zur Sondernutzung verwendeten Gegenstände unverzüglich zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen. Abfälle und Wertstoffe sind ordnungsgemäß zu entsorgen, die beanspruchten Flächen sind gegebenenfalls zu reinigen.

§ 8

Haftung und Sicherheiten

(1) Die Gemeinde kann den Erlaubnisnehmer verpflichten, zur Deckung des Haftpflichtrisikos vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrechtzuerhalten. Die Gemeinde kann die Hinterlegung einer angemessenen Sicherheit verlangen. Der Gemeinde zusätzlich durch die Sondernutzung entstehende

Kosten, hat der Sondernutzer auch zu ersetzen, wenn sie die hinterlegte Sicherheit übersteigen. Ist die Gemeinde nicht Straßenbaulastträger, stehen vorgenannte Rechte auch dem Straßenbaulastträger zu.

(2) Der Erlaubnisnehmer haftet gegenüber der Gemeinde bzw. dem Straßenbaulastträger für Schäden, die durch die Sondernutzung entstehen. Von Ersatzansprüchen Dritter hat der Erlaubnisnehmer die Gemeinde und, wenn die Gemeinde nicht Straßenbaulastträger ist, den Straßenbaulastträger freizustellen.

(3) Der Erlaubnisnehmer haftet für die Verkehrssicherheit der angebrachten oder aufgestellten Sondernutzungsanlagen und Gegenstände. Wird durch die Sondernutzung der Straßenkörper beschädigt, so hat der Erlaubnisnehmer die Fläche verkehrssicher zu schließen und dem Straßenbaulastträger die vorläufige Instandsetzung und die endgültige Wiederherstellung mit Angabe des Zeitpunktes, wann die Straße dem öffentlichen Verkehr wieder zur Verfügung steht, anzuzeigen. Über die endgültige Wiederherstellung wird ein Abnahmeprotokoll mit Vertretern des Straßenbaulastträgers gefertigt. Der Erlaubnisnehmer haftet gegenüber dem Straßenbaulastträger hinsichtlich verdeckter Mängel der Wiederherstellung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik bis zum Ablauf einer Gewährleistungsfrist von fünf Jahren.

(4) Bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße besteht kein Ersatzanspruch gegen die Gemeinde.

(5) Die Gemeinde haftet nicht für Schäden an den Sondernutzungsanlagen oder –einrichtungen, es sei denn, ihr oder ihren Bediensteten fällt Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last.

§ 9

Erlaubnisfreie Sondernutzung, Ausnahmen

(1) Keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen:

1. bauaufsichtlich genehmigte Anlagen im Straßenkörper, wie Kellerschächte, Roste, Einwurfvorrichtungen, Treppenstufen, wenn sie nicht mehr als 0,50 bis 0,75 m in einen Gehweg oder einen verkehrsberuhigten Bereich hineinragen;
2. die Ausschmückung von Straßen- und Häuserfronten für Feiern, Feste, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums oder für kirchliche Prozessionen;
3. die vorübergehende Lagerung von Brennstoffen, Baumaterial sowie Umzugsgut auf Gehwegen und Parkstreifen für die Dauer bis zu 48 Stunden, sofern die Verkehrsteilnehmer hierdurch nicht gefährdet werden;
4. das Aufstellen zugelassener Abfallgefäße zur Abholung beziehungsweise Entleerung gemäß den Bestimmungen des Landkreises Görlitz als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger; jedoch vom Vorabend des Tages der Entleerung bis zum Abend des Entleerungstages;
5. behördlich genehmigte Straßensammlungen sowie der Verkauf von Losen für behördlich genehmigte

Lotterien auf Gehwegen oder in verkehrsberuhigten Bereichen;

6. Werbeanlagen an der Stätte der Leistung, die nicht mehr als 30 cm in den Gehwegraum, bei Absicherung des erforderlichen lichten Raumes, hineinragen.

(2) Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Erlaubnisse, Genehmigungen oder Bewilligungen bleiben unberührt.

(3) Erlaubnisfreie Sondernutzungen nach Abs. 1 können eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Belange des Straßenbaus oder die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs dies erfordern.

§ 10

Hinweis auf gesetzliche Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer die in § 52 Abs. 1 Nr. 3 bis 9 SächsStrG bezeichneten Tatbestände erfüllt, also insbesondere:

1. entgegen gesetzlichen Vorschriften eine Straße ohne Erlaubnis über den Gemeingebrauch hinaus benutzt;
2. einer erteilten vollziehbaren Auflage für die Erlaubnis nicht nachkommt;
3. eine Anlage nicht vorschriftsmäßig errichtet, erhält oder ändert;
4. Zufahrten oder Zugänge ohne Erlaubnis anlegt oder ändert.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis 500 Euro, in bestimmten Fällen sogar mit bis zu 5000 Euro geahndet werden.

§ 11

Erhebung von Gebühren und Kostenersatz

(1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen im Sinne des § 2 werden Gebühren nach Maßgabe des in der Anlage 1 beigefügten Gebührenverzeichnisses erhoben.

(2) Gebührenfrei sind Sondernutzungen, die ausschließlich religiösen, gemeinnützigen oder politischen Zwecken dienen und auf aktuelle Ereignisse und Vorhaben hinweisen oder Sondernutzungen, ortsansässiger Vereine, welche auf kulturelle Ereignisse in der Gemeinde hinweisen und Sondernutzungen durch die Gemeinde selbst.

(3) Sondernutzungsgebühren werden auch dann erhoben, wenn eine erlaubnispflichtige Sondernutzung ohne Erlaubnis ausgeübt wird.

(4) Der Erlaubnisnehmer hat auf Verlangen der Gemeinde oder des Straßenbaulastträgers die im Rahmen der Sondernutzung errichteten oder unterhaltenen Anlagen auf seine Kosten zu ändern und alle Kosten zu ersetzen, die der Gemeinde oder dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Kommt ein Erlaubnisnehmer dem Verlangen der Gemeinde oder des Straßenbaulastträgers nicht nach, kann die Gemeinde oder der Straßenbaulastträger die Sondernutzung auf Kosten des Erlaubnisnehmers entfernen beziehungsweise den ursprünglichen Zustand wieder herstellen. Hierfür kann die Gemeinde oder der Träger der Straßenbaulast angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangen.

§ 12

Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner sind:

1. der Antragsteller;
 2. der Erlaubnisnehmer;
 3. derjenige, der die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder in dessen Interesse die Sondernutzung ausgeübt wird.
- (2) Bei einer Mehrheit von Gebührensschuldner haftet jeder als Gesamtschuldner.

§ 13

Gebührenberechnung

(1) Die Gebühr ist im Einzelfall nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch sowie nach den wirtschaftlichen Interessen des Gebührensschuldners an der Sondernutzung zu bemessen. Dies gilt auch, soweit das Gebührenverzeichnis einen Gebührenrahmen vorsieht, innerhalb dessen sich die Gebühr nach den Ermessenskriterien des Gebührenrahmens bestimmt.

(2) Werden Gebühren in Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahressätzen festgelegt, dann werden angefangene zeitliche Nutzungseinheiten voll berechnet.

Ergeben sich bei der Errechnung von Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis Beträge, die geringer als die Mindestgebühr sind, so wird die Mindestgebühr erhoben.

(3) Für Sondernutzungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, richtet sich die Gebühr in sinngemäßer Anwendung nach Absatz 1 Satz 1. Sie richtet sich soweit als möglich nach einer im Gebührenverzeichnis enthaltenen vergleichbaren Sondernutzung.

§ 14

Gebührenerstattung

Wird von einer Erlaubnis kein Gebrauch gemacht, so werden bereits gezahlte Sondernutzungsgebühren erstattet. Endet die Sondernutzung vor Ablauf des Zeitraumes, für den die Sondernutzungsgebühren entrichtet wurden, oder wurde die genehmigte Fläche nicht voll in Anspruch genommen, so kann auf Antrag des Gebührensschuldners der auf die nicht in Anspruch genommene Zeit oder Fläche entfallende Anteil der Gebühren erstattet oder mit einer künftigen Sondernutzungsgebühr verrechnet werden. Der Erlaubnisnehmer hat die Nichtinanspruchnahme glaubhaft zu machen und gegebenenfalls nachzuweisen. Die Gemeinde ist berechtigt, eine angemessene Pauschale ihres Verwaltungsaufwandes einzubehalten.

§ 15

Billigkeitsmaßnahmen und sonstige Kosten

(1) Für die Billigkeitsmaßnahmen Stundung, Niederschlagung, Erlass gelten die §§ 222, 227, 234 Abs.1 und 2, 238 und 261 der Abgabenordnung entsprechend.

(2) Kosten, die der Gemeinde durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen, hat der Gebührenpflichtige nach § 12 dieser Satzung zu tragen.

§ 16

Gebührensschuld und Fälligkeit der Gebühren

(1) Gebührenpflicht entsteht:

- a) mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis;
- b) für Sondernutzungen für einen bestimmten Zeitraum bei Erteilung der Erlaubnis für den gesamten Zeitraum; sind für die Sondernutzung wiederkehrende Jahresgebühren zu entrichten, entsteht die Gebührenschuld für das laufende Jahr mit der Erteilung der Erlaubnis, für die folgenden Jahre entsteht die Gebührenschuld mit Beginn des jeweiligen Jahres;

c) für Sondernutzungen, die bei Inkrafttreten der Satzung erlaubt waren, mit dem Inkrafttreten der Satzung;

d) bei unerlaubter Sondernutzung mit dem Beginn der Nutzung.

(2) Die Gebührenpflicht besteht bis zur schriftlichen Anzeige der Beendigung der Sondernutzung oder bis zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme der Gemeinde von der Beendigung der Sondernutzung.

(3) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Sie werden in den Fällen des § 16 Abs. 1

a) Buchstabe a, c und d mit Bekanntgabe des Bescheides fällig;

b) Buchstabe b erstmalig mit Bekanntgabe des Bescheides, ansonsten jeweils zu Beginn der Zeitperiode fällig; bei Sondernutzungen auf Widerruf jeweils zu Beginn des Folgejahres fällig.

Die fälligen Gebühren können bei Nichteinhaltung der Fälligkeitstermine im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

§ 17

Übergangsregelung

Diese Satzung gilt auch für bereits bestehende Sondernutzungen. Sondernutzungen, für die die Gemeinde vor Inkrafttreten dieser Satzung eine Erlaubnis auf Zeit oder Widerruf erteilt hat, bedürfen keiner neuen Erlaubnis nach dieser Satzung.

Anlage 1

Zur Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Leutersdorf (Sondernutzungs- und Gebührensatzung - SGS) vom 23. April 2007

Gebührenverzeichnis für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Lfd. Nr.	Art der Sondernutzung	Gebühr / Mindestgebühr
1	Aufstellen von Tischen und Stühlen sowie dekorativem und abgrenzendem Zubehör	Gebührenfrei
2	Aufstellen von Imbisswagen / Imbissständen und Verkaufswagen / Verkaufsständen	5,- bis 10,- € je Tag oder 10,- bis 50,- € je Woche oder 50,- bis 200,- € je Jahr
3	Verkaufsautomaten	5,- bis 10,- € je Tag oder 10,- bis 50,- € je Woche oder 50,- bis 200,- € je Jahr
4	Warenstände, Warenauslagen und Stellagen vor Geschäften	Gebührenfrei
5	Fahrradstände, Fahrradabstellanlagen Fahrräder (mit und ohne Werbung)	Gebührenfrei
6	Sonnenschutzdächer	5,- bis 10,- € je Tag oder 10,- bis 50,- € je Woche oder 50,- bis 200,- € je Jahr
7	Vordächer (fest installiert)	Einmalig 50,- bis 500,- €
8	Gerüste	0,50 € je m ² und Tag, mindestens 5,- €
9	Aufstellen von Hubbühnen, Kranfahrzeugen	0,50 € je Tag, mindestens 5,- €
10	Baustelleneinrichtung durch Bauzäune oder andere Abgrenzungen	0,50 € je m ² und Tag, mindestens 5,- €
11	Ablagerung von Baustoffen und anderem Arbeitsmaterial bei Sondernutzung von mehr als 48 Stunden	0,50 € je m ² und Tag, mindestens 5,- €
12	Aufstellen von Schutt-, Abfall- und sonstigen Containern	5,- bis 10,- € je Tag oder 10,- bis 50,- € je Woche oder 50,- bis 200,- € je Jahr
13	Anbringen von fest verbundenen Werbeträgern (Firmenschilder, Leuchtschriften, Tafeln ...)	Einmalig 50,- bis 500,- €
14	Werbeständer	5,- bis 10,- € je Tag oder 10,- bis 50,- € je Woche oder 50,- bis 200,- € je Jahr
15	Anbringen von Werbeträger an Masten	10,- bis 20,- je Sondernutzung
16	Abstellen von zulassungspflichtigen aber nicht zugelassenen Fahrzeugen	10,- bis 50,- € je Tag
17	Vorübergehende Herstellung von Gehwegsüberfahrten oder Grundstückszufahrten mit mehr als 3,50 m Breite	10,- bis 50,- je Monat
18	Die Gebührenbemessung und -höhe für Sondernutzungen, die nicht erfasst sind,	richtet sich nach ähnlichen erfassten Sondernutzungen
19	Mindestgebühr, soweit nicht festgesetzt	10,- €

Anlage 2

Zur Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Leutersdorf (Sondernutzungs- und Gebührensatzung - SGS) vom 23. April 2007

Bestimmungen zur Ausübung von Sondernutzungen

1. Das Anbringen von Werbeträgern und ähnlichem an Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen ist nicht gestattet.
2. Durch die Werbeträger dürfen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nicht verdeckt werden. Dazu gehören auch die Kennzeichnungen der Laternen, die nicht die ganze Nacht hindurch brennen (Zeichen 394 - Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 StVO).
3. Werbeträger dürfen nur an Masten innerhalb der Ortsdurchfahrten angebracht werden.
4. Werden Plakatträger an Masten befestigt, hat der Erlaubnisnehmer die Freihaltung des Lichten Raumes des Straßenquerschnittes über die gesamte Zeit der Sondernutzung zu gewährleisten. In Anlehnung an die Richtlinie für die Anlage von Straßen (RAS) ist dieser wie folgt definiert:

Über der Fahrbahn	4,50 m
Über Geh- / Radwegen	2,50 m
Seitlich neben Fahrbahnen	
Bei Geschwindigkeiten	0,75 m
bis zu 50 km/h	
Seitlich neben Radwegen	0,25 m
5. Innerhalb des Sichtdreiecks der Anfahrtsicht von Kreuzungen oder Einmündungen dürfen keine Werbeträger angebracht werden. Die Länge des Sichtdreiecks der Anfahrtsicht beträgt 60 m, gemessen in einer Entfernung von 3 m vor der Baufluchtlinie.
6. Rechte der Eigentümer der Masten bleiben unberührt.
7. Vorhandene ortsfeste Werbeanlagen, für die eine Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde oder die entsprechend § 9 Erlaubnisfrei sind, dürfen durch die Sondernutzung in Ihrer Wirkung nicht beeinträchtigt werden.
8. Es dürfen nicht mehrere Werbeträger übereinander angebracht werden.
9. An Masten aus Metall dürfen keine Drähte oder sonstige Befestigungsmaterialien, welche die Oberfläche der Masten beschädigen könnten, zum Anbringen der Werbeträger verwendet werden.
10. Das Anbringen an Bäumen ist nicht gestattet.
11. Die Verwendung von Auslegern zum Befestigen der Werbeträger ist nicht gestattet.
12. Der Aushängende hat die Erlaubnis zur Sondernutzung oder eine Kopie davon mitzuführen.
13. An nachfolgend aufgeführten Masten dürfen keine Werbeträger angebracht werden:
 - Straßenlampe gegenüber der Schulgasse an der Hauptstraße im Ortsteil Spitzkunnersdorf
14. Die maximal zulässige Größe für Werbeträger an Masten ist A1.
15. Die doppelseitige Anbringung von Werbeträgern an Masten gilt je Mast als ein Werbeträger.
16. In Anwendung der Wahlgesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des § 17 Kommunalwahlgesetz, des § 31 Sächsisches Wahlgesetz und des § 32 Bundeswahlgesetz ist die Anbringung von Wahlwerbung oder andere Sondernutzungen zur Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift

oder Bild an Stellen verboten, die von den Gebäuden, in denen sich Wahlräume befinden, einsehbar sind.

Wahlräume befinden sich in den Gebäuden:

Mittelschule, Seifhennersdorfer Straße 2, Leutersdorf

Gemeindetreff, Hauptstraße 24, Leutersdorf

Gemeindezentrum, Hauptstraße 13 a, Ortsteil Spitzkunnersdorf

Redaktionelle Ergänzungen zu Punkt 13:

- Straßenlampe oberhalb Grundstückseinfahrt Turnhalle Spitzkunnersdorf
- Straßenlampe unterhalb Grundstückseinfahrt Turnhalle Spitzkunnersdorf